



PRESSEMITTEILUNG

Nr.122/GP

27.04.2023

Holetschek will psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen noch stärker in den Fokus nehmen - Gesundheitsminister im Praxisdialog mit Fachkräften vor Ort in Kempten

Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek will die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen im Freistaat weiter stärken. Der Minister sagte am Donnerstag in der Klinik Josefinum in Kempten anlässlich eines Austauschs mit Fachkräften unter anderem aus der Kinder- und Jugendpsychiatrie, der Sozialpädagogik und der Pflege: „Wir müssen das körperliche und seelische Wohl von Kindern und Jugendlichen noch stärker in den Blick nehmen – das sehe ich als eine zentrale Aufgabe unserer Gesellschaft und meiner Politik. Verschiedene Studien und Berichte haben eindrücklich gezeigt: Die Corona-Pandemie hat erhebliche Folgen für die Gesundheit und das Wohlbefinden – insbesondere von Kindern und Jugendlichen. Es gilt, ihnen bedarfsgerechte Unterstützung und Hilfe zu bieten, wenn sie von einer psychischen Erkrankung betroffen sind.“

Holetschek fügte hinzu: „Zwar ist beispielsweise die ambulante vertragspsychotherapeutische Versorgungssituation im Freistaat rein zahlenmäßig gut, gemessen an den grundsätzlich bundeseinheitlich geltenden Vorgaben der ambulanten Bedarfsplanung. Das spiegelt aber nicht mehr die tatsächliche Bedarfssituation wider. Als Folge der Corona-Pandemie gibt es nämlich circa ein Drittel mehr Terminanfragen für Psychotherapie! Das muss allen voran für die Bundesregierung ein Weckruf sein. Unter meinem Vorsitz stand schon 2021 bei der Gesundheitsministerkonferenz (GMK) die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen im Fokus, aber die von den Ländern geforderte Enquetekommission hat die Bundesregierung bis heute nicht eingesetzt.“

Der Minister ergänzte: „Es ist mir sehr wichtig, mich mit den Fachkräften vor Ort auszutauschen, die tagtäglich Kinder und Jugendliche mit psychischen Erkrankungen behandeln, unterstützen und betreuen. Denn die besten Planungen am grünen Tisch bringen nichts, wenn es dafür ganz praktische Hürden im Alltag gibt. Ich will von den Praktikern lernen, mich mit ihnen über ihre Erfahrungen austauschen und sehen, was davon auch auf Länderebene konkret umgesetzt werden kann.“

Holetschek betonte: „In vielerlei Hinsicht ist der Bund am Zug, das Versorgungsangebot für Menschen mit psychischem Hilfebedarf egal welchen Alters zu verbessern. So wollen wir dringend Verbesserungen bei den Wartezeiten auf Behandlungs- und Therapieplätze bei Psychotherapeuten herbeiführen. Wir haben uns dazu bereits



mehrmals an die zuständige Bundesebene gewandt. Zuletzt haben die Länder in der GMK vom 30. Januar 2023 auf Initiative Bayerns den Bund aufgefordert, dass die Voraussetzungen der vertragsärztlichen Bedarfsplanung im Bereich der Psychotherapeuten so angepasst werden, dass insbesondere für Kinder- und Jugendpsychotherapeuten eine gesonderte Planung ermöglicht wird. Letztlich würden so zusätzliche Niederlassungsmöglichkeiten geschaffen und – sofern sie besetzt werden können – auch Wartezeiten reduziert. Das ist vor allem für die jungen Patientinnen und Patienten bitter nötig.“

Der Minister ergänzte: „Auf der Ebene des Freistaats gibt es Erfolge zu vermelden, denn Bayern fördert vielfältige Präventions- und Hilfeangebote. So fördern wir über die Landarztprämie unter anderem Niederlassungen von Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendpsychiatern in ländlichen Regionen: Mittlerweile konnten wir seit 2012 die Niederlassung von 191 Psychotherapeuten und von 17 Kinder- und Jugendpsychiatern unterstützen. Mit unseren Öffentlichkeitskampagnen – wie etwa dem erfolgreichen MucklMag, das die psychische Gesundheit jüngerer Kinder in den Fokus rückt – setzen uns für die Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen ein.“

Holetschek fügte hinzu: „Wir beobachten, bewerten und überprüfen Entwicklungen der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen sehr genau und befinden uns wie beim heutigen Praxisdialog im engen Austausch mit den Akteuren in Bayern, die junge Menschen unterstützen. Wir wollen und müssen die Bedarfe und Möglichkeiten für weitere Maßnahmen gemeinsam mit den Fachleuten vor Ort ausloten. Auch wenn die Versorgung im Freistaat gut ist, wollen wir uns stetig verbessern und weiterentwickeln. Nur so können wir Kinder und Jugendliche mit psychischen Erkrankungen und Belastungen angemessen unterstützen.“